

***FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2020*****Überschrift**

Haushaltsdefizit verringern und an die mittelfristige Finanzplanung aus 2019 anpassen

**Beschlussvorschlag**

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zum finalen Beschluss der Haushaltssatzung 2020 (vorgesehen in der Ratssitzung am 18. Februar 2020) durch geeignete Maßnahmen das vorgesehene Defizit für 2020 sowie die Folgejahre zu verringern. Als Ziel gilt dabei die Anpassung an die mittelfristige Finanzplanung des Haushalts 2019 (2020: -26,7 Mio. €; 2021: +0,5 Mio. €; 2022: +1,3 Mio. €).

**Begründung**

In der Diskussion über das strukturelle Defizit im Haushalt der Stadt Braunschweig wurde argumentiert, dass die mit dem Haushalt 2019 beschlossene mittelfristige Finanzplanung bereits für das übernächste Jahr einen kleinen Überschuss in Höhe von rund einer halben Million Euro vorsehe, danach sogar wachse und man deshalb das strukturelle Defizit ignorieren sowie konkrete finanzielle Vorgaben für den Prozess der Verwaltungsmodernisierung und Haushaltsoptimierung vernachlässigen könne. Gegen u.a. die Stimmen der CDU-Fraktion wurde diese Sichtweise im Frühjahr 2019 beschlossen.

Mit der Veröffentlichung seines Haushaltsplanentwurfes für 2020 hat Oberbürgermeister Markurth nun jedoch deutlich andere Zahlen vorgelegt. Das Defizit für 2020 wächst von 26,7 Millionen Euro auf nunmehr 44,8 Millionen Euro - ein bedrückender Rekord in der Amtszeit von Oberbürgermeister Markurth. Und auch für die Folgejahre stellt sich die Situation nicht besser, sondern deutlich schlechter dar: in 2021 soll der Haushalt ein Defizit von 35,9 Millionen Euro aufweisen und in 2022 mit dann noch 28,1 Millionen Euro im Minus sein. Dies bedeutet eine Ergebnisverschlechterung um rund 20 Millionen Euro pro Jahr. Diese Planungen würden zwangsläufig zu einem verfrühten Verzehr der Rücklagen führen. Es sei an dieser Stelle immer wieder darauf hingewiesen, dass es sich dabei ausschließlich um eine rechnerische Größe handelt und nicht bares Geld auf einem Konto.

Braunschweig steht aber weiter vor großen Zukunftsaufgaben und auch Zukunftsausgaben, die allerdings nur dann getätigt werden können, wenn der Haushalt langfristig in Ordnung gebracht ist. Ein steter Verweis auf den unter Beteiligung der KGSt durchgeführten Prozess zur Verwaltungsmodernisierung und Haushaltsoptimierung führt dabei nicht weiter: es muss bereits heute ein Mentalitätswechsel eintreten, sonst leiden später alle Bereiche durch einen

minimierten Handlungsspielraum oder gar durch die Aufsicht des Innenministeriums in Hannover.

Härteste Einschnitte auch bei den Freiwilligen Leistungen wollen alle Fraktionen vermeiden. In einigen umliegenden Kommunen kann man leidvoll sehen, wohin dies führen kann. Braunschweig wäre dann innerhalb weniger Jahre vom "guten Beispiel für Entschuldung" zum Negativbeispiel des Braunschweiger Landes geworden.

Dieses sollten wir uns alle ersparen. Vor allem diejenigen, die noch im April dieses Jahres so vehement auf die mittelfristige Finanzplanung hingewiesen haben. Um ihre Glaubwürdigkeit und die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt Braunschweig zu erhalten, muss noch vor dem finalen Haushaltsbeschluss gegengesteuert werden.

gez. Thorsten Köster

---

Unterschrift